



NEWSLETTER, Dezember 2023

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,
sehr geehrte Damen und Herren und Interessierte,

diese Themen finden Sie heute in unserem Newsletter:

- CCS
- LNG (verflüssigtes Erdgas) in Brunsbüttel
- Freiwillige Mitgliedsbeiträge

CCS

CCS soll die fossile Energiewirtschaft retten und eine Abkehr von Kohle, Öl und Gas verhindern. Das wurde auf der COP 28 wieder einmal deutlich. CCS ist dort neben Atomkraft und dem Ausbau der EE als Option mit aufgenommen worden.

<https://www.umweltbundesamt.de/themen/ergebnisse-der-27-weltklimakonferenz>

NGOs zählten zudem 21 Gasgeschäfte, die [während der Konferenz abgeschlossen wurden](#), darunter auch von Deutschland.

Auch die EU möchte die Staaten verpflichten, CO2-Endlagerkapazitäten bereitzustellen, obwohl die Technik nachweislich nicht funktioniert (s. Newsletter Oktober 2023).

In Deutschland wird jetzt demnächst die Carbon Management Strategie erwartet, nachdem die Grünen ihr Positionspapier zu CCS beschlossen haben. Es ist davon auszugehen, dass damit dem Import von „blauem“ Wasserstoff, massiven Subventionen und Umlagen für CO2-Abscheidung, -Transport und -Endlagerung der Weg gebahnt wird.

LNG in Brunsbüttel

Das in Brunsbüttel liegende LNG-Schiff Höeg Gannet hat eine Sondergenehmigung, mit der 1,4-mal so viele Stickoxide, fünfmal so viel Kohlenmonoxid und 7,3-mal so viel Formaldehyd ausgestoßen werden darf, als nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz erlaubt wäre. Messungen zeigen, dass diese massiven Überschreitungen der gesetzlichen Grenzwerte auch teilweise in erheblichem Maße ausgenutzt werden. Zusätzlich werden die Anwohner noch durch unzulässig hohe Lärmemissionen beeinträchtigt. In letzter Zeit wurden auch noch Bauarbeiten für einen weiteren LNG-Anleger durchgeführt, die die Lärmbelastung auch in der Nacht weiter vorangetrieben hat. Auf Mensch und Umwelt wird derzeit keine Rücksicht genommen.

Dazu passt, dass die EU LNG inzwischen als Wirtschaftsgut eingestuft hat, das ein großes Potential für Menschenrechtsverstöße aufweist. Verstöße gegen das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz beim Betrieb von LNG-Terminals in Deutschland werden beim BMWK nicht erfasst und dem BMWK liegen keine entsprechenden Daten vor, obwohl die Anlage in Brunsbüttel im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums betrieben wird. <https://fragdenstaat.de/anfrage/lieferkettengesetz-beim-betrieb-von-lng-terminals/858356/anhang/ihr-ifg-bescheid.pdf>

Die Staatsfirma SEFE und die im Eigentum des Landes Baden-Württemberg befindliche EnBW haben sich in offiziellen Schreiben an die US FERC-Genehmigungsbehörde gewandt und lobbyieren für das Fracking-Gas-Exportterminal CP2 - mit direkter Verbindung zum LNG-Importstandort Stade.

Aktuell läuft eine massive Kampagne gegen CP2 in den USA (siehe u.a. [Petition](#) und [Offener Brief](#) an Präsident Biden).

Bitte zeigt euch solidarisch und zeichnet den Brief an die US FERC mit: [Nein zu CP2-LNG!](#) (alle relevanten Infos/Quellen/Links findet ihr im Schreiben)

Deadline: 16. Januar 2024

Wenn CP2 abgelehnt wird, hat der LNG-Importstandort Stade voraussichtlich keine Chance. Das gilt auch für den Exportstandort für Lubmin/Rügen - das Gelände befindet sich genau gegenüber von CP2. Breiter Widerstand in den USA gegen neue LNG-Pläne würde sich auch positiv für Brunsbüttel auswirken.

Deutsche Banken beteiligen sich an US-LNG-Exportterminals:

https://www.duh.de/fileadmin/user_upload/download/Projektinformation/Energiewende/LNG/230420_Factsheet_Investitionen_ins_Klimachaos.pdf

Freiwillige Mitgliedsbeiträge

Auf der Mitgliederversammlung im November 2018 wurde beschlossen, die Mitglieder der Bürgerinitiative um freiwillige Mitgliedsbeiträge zu bitten. Wir freuen uns sehr darüber, dass unser Aufruf, einen freiwilligen, jährlichen Mitgliedsbeitrag*) zu leisten, gut angenommen wird. Dies gibt uns mehr Planungssicherheit für kommende Aktionen.

Vielen Dank dafür!

*) Empfehlung: einfache Mitglieder 12 €; Gemeinden 150-300 €; Kreise 1500 €

Wir wünschen ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Start ins Neue Jahr.

Der Vorstand

V.i.S.d.P.: Dr. Reinhard Knof

Spendenaufruf

Jede Spende hilft!

Für unsere Arbeit, wie z.B. den Druck von Plakaten, Unterschriftenlisten und Flyern und laufende Kosten benötigen wir neben unserem ehrenamtlichen Engagement auch Geld.

Wir bitten deshalb um Spenden, die bis zu einer Höhe von 200 Euro durch den Überweisungsbeleg direkt steuerlich geltend gemacht werden können. Für höhere Summen und auf Wunsch erstellen wir eine Spendenbescheinigung für das Finanzamt. Überweisungen bitte auf das hier angegebene Konto der als gemeinnützig anerkannten Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager e.V. tätigen.

IBAN: DE86 2176 3542 0007 7190 19

BIC: GENODEF1BDS

bei der VR-Bank

Jetzt spenden

Mehr Infos unter:

<http://www.kein-co2-endlager.de/>

<https://www.facebook.com/Kein-CO2-Endlager-175897405789374/>

https://twitter.com/ccs_stoppen

Hinweis: Unsere Newsletter enthalten meistens mehrere Links und werden deshalb von vielen Email-Anbietern als "Spam" markiert. Um dies zu verhindern, setze unsere Email-Adresse newsletter@keinco2endlager.de auf die Liste vertrauenswürdiger Kontakte. Dann landen die Newsletter nicht im Spam-Ordner, sondern im Posteingang.

[Daten ändern, oder abmelden](#) | [Online ansehen](#)

© Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager e.V.